

# Paroli

Linke Blätter  
für Stadt,  
Landkreis und  
Universität  
Ausgabe Nr. 33  
Oktober 2018

## Kein Geld trotz Steuerexplosion

Höchstprofite der Pharma-Konzerne lassen Marburger Gewerbesteuererinnahmen sprudeln

Der Möller-Vaupel-Faktor war in den vergangenen Jahren ein geläufiger Begriff in den Haushaltsdiskussionen, den die Marburger Linke geprägt hatte. Er gibt an, um wieviel Prozent die tatsächlichen Gewerbesteuererinnahmen die im Haushaltsplan vorgesehene Summe übersteigen. Dieses Jahr soll er sich auf 38 Prozent belaufen. Nach zwei Jahren, in denen sich Plan und Wirklichkeit in etwa die Waage hielten, sollen die Gewerbesteuererinnahmen die geplanten 100 Mio. Euro um 38 Mio. übertreffen, weil CSL und andere Pharmakonzerne nachzahlen müssen (Seite 2).

Dies zeigt einmal mehr, wie wenig von den Steuerprognosen im Haushalt zu halten ist. Auch wenn die Kämmerei sich gerne arm rechnet, um Forderungen nach Mehrausgaben das Wasser abzugraben, scheinen vor allem die großen Steuerzahler die Stadt an der Nase herumzuführen. Obwohl CSL schon seit einem Jahr bekannt ist, dass die Gewinne ihrer Marburger Niederlassungen im Geschäftsjahr 2016/17 um 70 Prozent gestiegen sind, erfuhr die Stadt erst jetzt davon.

Der Oberbürgermeister hat in einem Schreiben an Einrichtungen und freie Träger, die von der Stadt finanziert werden, darauf hingewiesen, dass von den Mehreinnahmen fast nichts übrig bleibe, das man ausgeben könne. Ein Teil des Geldes fließe in die Gewerbesteuer und in die Kreisumlagen. Außerdem würden die Schlüsselzuweisungen

2020 entfallen. Am Ende würden nur noch 8,5 Mio. Euro der Nachzahlungen übrig bleiben.

Eigentlich scheint es egal zu sein, ob es zu Steuerausfällen wie 2016 oder wie jetzt zu Nachzahlungen kommt, denn ausreichende Finanzmittel, um alle anstehenden Aufgaben zu erfüllen, hat Marburg offenbar nicht. **Fortsetzung S. 2**

## Tausende gegen Rechts



Foto: Patricia Gräßling, Stadt Marburg

▲ Unter dem Motto #wirsindmehr waren 7.500 Menschen dem Aufruf von Stadtverordnetenversammlung, Magistrat und unzähligen Organisationen gefolgt, gegen die Menschenjagden in Chemnitz zu protestieren.

### Kommentar

## Gemeinsam gegen Rechts

Der Marktplatz schien aus den Fugen geraten. Am 7. September folgten 7.500 Menschen dem Aufruf von Magistrat und allen Parteien des Stadtparlaments zu einer Demonstration und Kundgebung. Das entspricht etwa 10 Prozent der Marburger Einwohnerzahl. Ihr Motto lautete „Wir sind mehr“. Ihr Antrieb war es, ein deutliches Zeichen zu setzen gegen die gewalttätigen rassistischen Ausschreitungen rechtsradikaler Gruppierungen in Chemnitz, die in engem Verbund mit der AfD marschierten.

Eindrucksvoll zitierten Schauspieler/innen des Landestheaters das Gedicht von Bertolt Brecht „Wahrlich, wir leben in finsternen Zeiten“. Vertreter/innen des Magistrats, des Stadtparlaments, der Universität, der Kirche waren sich einig in der Ablehnung rassistischer und neofaschistischer Gewalt, aber auch ihrer unverantwortlichen Verharmloser.

Einen Schritt weiter ging die Wissenschaftlerin Maximiliane Jäger-Gogoll. Sie verwies darauf, dass Menschen ohne eine soziale Perspektive in Gefahr geraten, sich in Geflüchteten einen Sündenbock zu suchen, dass die Vernachlässigung des Bildungssystems zu schematisiertem Denken führen kann. Sie sprach auch davon, dass Menschen, die aus ihren Ländern flüchten müssen, Opfer von Neokolonialismus und Aufrüstung sind.

Wenn Marburg, wie vom Stadtparlament beschlossen, zusätzlich 200 Geflüchtete aufnehmen würde, würden die Folgen dieser Politik ein wenig abgetragen.

Renate Bastian

## Chance oder Unheil?

Hasenkopf und Oberer Rotenberg als neue Baugebiete

Bezahlbarer Wohnraum ist in Marburg rar. Die Universitätsstadt belegt inzwischen, was Mietpreise angeht, einen Spitzenplatz in Hessen. Eine Analyse erklärte im geförderten Wohnungsbau rund 800 zusätzliche Wohneinheiten als notwendig. Spannend dürfte vor allem werden, wo gebaut werden soll. Zwei potenzielle Entwicklungsgebiete sind vorgeschlagen, einmal der Hasenkopf,

in Ockershausen/ Stadtwald gelegen, und der Rotenberg, zu Marbach zählend.

Bei einer ersten städtischen Auftaktveranstaltung im Rahmen der Bürgerbeteiligung und zweier Ortsbegehungen wurde schnell deutlich, dass die Marbacher Bürgerinitiative gegen eine Bebauung mobilmacht, vor allem was befürchtete „soziale Wohnklötze“ angeht.

Fortsetzung S. 3

Wahlkundgebung mit  
**GREGOR GYSI**  
Janine Wissler und Jan Schalauske

Mi., 17. Okt.  
16.30 Uhr  
Markt  
Marburg

**DIE LINKE.**  
www.die-linke-marburg.de

## Termine

► **Wahlkampfaktionstage**  
Jeden Samstag ab 9.30 Uhr,  
Treffpunkt im LINKEN-Büro

► **GREGOR GYSI kommt**  
mit Janine Wissler und  
Jan Schalauske  
Kundgebung am Markt  
Mi., 17. Okt., 16.30 Uhr

► **Wahlabend der LINKEN**  
So., 28. Okt., ab 17.00, Käte-  
Dinnebier-Saal, DGB-Haus,  
Bahnhofstr. 6, Marburg

## Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro bzw. im  
Käte-Dinnebier-Saal, DGB-Haus,  
Bahnhofstr. 6, Marburg

► **Mitgliederversammlung** der  
LINKEN Marburg-Biedenkopf,  
3. Do. des Monats, 19.30 Uhr

► **Marburger Linke** erweiterte  
Fraktion, montags, 20.00 Uhr

► DIE LINKE. **Kreis AG** freitags,  
15.30 Uhr

► Studierendenverband  
**SDS.die linke**, dienstags, 20.00  
Uhr, www.sds-marburg.de

Im Dinnebier-Saal tagen auch die  
**AG Linke Christ/innen** und die **Roten**  
**Biber - Sozial.öko.logische AG**

► Stammtisch des **LINKEN-  
Stadtverbandes Marburg**  
1. Mittwoch im Monat, ab 20 Uhr,  
Gaststätte Schamdan, Weidenhäu-  
ser Str. 72, Marburg

## Impressum

## Paroli

**Herausgeber:** DIE LINKE. Marburg-  
Biedenkopf und Fraktion Marburger  
Linke

**Redaktion:** Renate Bastian (verantw.),  
Nico Biver, Ingeborg Cernaj  
**Layout:** Nico Biver

**Redaktionsschluss:** 27.9.2018

## Kontakt

**DIE LINKE Marburg-Biedenkopf**  
Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg  
Tel. 06421-163873  
info@die-linke-marburg.de  
www.die-linke-marburg.de

Fortsetzung von S. 1

## Kein Geld trotz Steuerexplosion

Der Grund für dieses von den anderen Fraktionen behauptete strukturelle Haushaltsdefizit liegt allerdings nicht in zu hohen Ausgaben, sondern in zu geringen Einnahmen. Der Marburger Gewerbesteuerhebesatz ist seit 1987 unverändert (mit einer

zwischenzeitlichen Absenkung von 2008 bis 2016) und liegt mittlerweile 10 Prozent unter bundesdeutschem Durchschnitt. Eine Erhöhung auf dieses Niveau, wie es die Marburger Linke fordert, würde dauerhaft die Einnahmen um mindestens 10 Mio. Euro verbessern, ohne dass

mehr in Umlagen abgeführt werden müsste.

Dann könnte nicht nur die Kinderbetreuung vollständig kostenlos sein, sondern auch die Busnutzung an Wochenenden und für Stadtpassinhaber/innen. Es könnten Schnellbuslinien eingeführt werden, der Rudolphsplatz zugunsten des Fuß- und Radverkehrs umgebaut und mehr Sozialwohnungen errichtet werden.

Aber leider wollen alle anderen Fraktionen die enormen Gewinne der Pharmafirmen nicht antasten. Der Grund dafür ist nicht bekannt. Befürchtungen, CSL und die anderen würden nicht mehr in Marburg investieren, können es nicht sein, da z.B. CSL in Marburg viel niedrigere Steuern als anderswo auf der Welt bezahlt. *Jan Schalauske*

## Gut für Marburg, schlecht für Kranke

719 Mio. Euro Gewinn hat die Marburger Niederlassung von CSL Behring im Geschäftsjahr 2016/17 erzielt, eine Verdoppelung in vier Jahren. Mit einem Jahr Verspätung musste CSL Behring diese Zahlen im Bundesanzeiger veröffentlichen, die gegenüber der Lokalpresse verschwiegen werden. Der Umsatz wuchs um 15 Prozent auf 1,96 Mrd. Euro. Es wurde eine märchenhafte Umsatzrendite von 31,8 Prozent erzielt – in der Gesamtwirtschaft beträgt sie nur 3 oder 4 Prozent.

Da wundert es nicht, dass trotz eines niedrigen Gewerbesteuer-satzes, Marburg Steuernachzahlungen von CSL vermelden kann.

Vergleicht man die Marburger Zahlen mit denen des Gesamtkonzerns, erzielen die Marburger CSL-Firmen mit 2.800 der 19.000 Beschäftigten, fast die Hälfte des Nettogewinns. Das liegt auch daran, dass CSL in Marburg besonders wenig Steuern zahlen muss – 13,8 Prozent des Gewinns gegenüber 35,3 Prozent an allen anderen Standorten (Schweiz, Großbritannien, USA und Australien).

Für das im Juni beendete Geschäftsjahr 2017/18 hat der australische Gesamtkonzern im August erneut Umsatz- und Gewinnrekorde gemeldet und für das folgende vorausgesagt, aber – wie üblich – die aktuellen Zahlen zu Marburg verheimlicht. Der Gewinn stieg um 33 Prozent auf 2,4 Mrd. US-Dollar. Man kann damit rechnen, dass der Gewinn in Marburg spätestens in diesem Jahr die Milliarden-Grenze überschreitet. Und obwohl man voll des Lobes über den Aufopferungswillen der Beschäftigten ist, hat man keinen Cent übrig, ihnen etwa ein Jobticket zu finanzieren.

Angeblich ist CSL Behring dafür bekannt ist, „dass bei uns der Pa-

tient immer an erster Stelle steht“ (Eigenwerbung). Das scheint nur der Fall zu sein, wenn er Aktionär bei CSL ist. Im anderen Fall müssen der Patient oder seine Krankenkasse die Kosten für überbeuerte Medikamente tragen. *Nico Biver*

## Der Möller-Vaupel-Spies-Faktor

Gewerbesteuer in Marburg: Haushaltsplan und Realität



## Trauer um Eva Gottschaldt

Mitte Juli ist unsere frühere Fraktionskollegin Eva Gottschaldt gestorben. Die Fraktion Marburger Linke trauert um sie, um die Genossin und Freundin, um die engagierte Sozialistin und Christin.



Sie war über viele Jahre Mitglied unserer Fraktion, einige Jahre Fraktionsvorsitzende und darüber hinaus in verschiedenen kommunalen Einrichtungen aktiv. Besonders engagierte sie sich gegen Neofaschismus und Rassismus. Aus dieser Haltung bestand sie auf einem lernenden Erinnern an Geschichte und vermittelte zwischen den unterschied-

lichen Kulturen und Religionen. Auf komplizierte Sachverhalte warf sie oftmals einen ungewöhnlichen Blick und trug so zu differenzierten Lösungen bei. Wir verlieren eine wertvolle Beraterin. Als entschiedene Antifaschistin setzte sie sich zugleich unerschrocken und empathisch für die Rechte der Schwachen in der Gesellschaft ein. Auch wenn die Krankheit sie immer wieder belastete, gab sie nicht auf. Wenige Wochen vor ihrem Tod würdigte sie die Stadt Marburg für ihre Verdienste mit der goldenen Ehrennadel. Ihre Unerschrockenheit und ihre Beharrlichkeit sind Vorbild. *Renate Bastian*

# Uni-Tram statt Diesel-Fahrverbote

## Tram-Gutachten verfehlt Untersuchungsauftrag

Eine von der Stadt beauftragte Studie zu einer Straßenbahn auf die Lahnberge kommt zum Schluss, dass eine Tram ab dem Südbahnhof sich nicht rechnen und deshalb keine Landesmittel zu Finanzierung bereitgestellt würden.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass diese Ergebnisse so gewollt sind. Nach einem Antrag der Marburger Linken erteilte das Stadtparlament dem Magistrat einen Auftrag, der nur zum Teil erfüllt wurde. Die Studie sollte nämlich auch prüfen, „wie und mit welchen Wirkungen eine erweiterte Anbindung der Strecke Südbahnhof – Uniklinikum Richtung Innenstadt und Hauptbahnhof erfolgen kann, insbesondere unter Einbindung der Gleise der DB.“

Davon hängt ab, ob durch die Tram mehr Menschen dazu bewegt werden können, den ÖPNV zu nutzen. Die Tram ist nur dann attraktiver, wenn sie die Innenstadt anbindet und so Zeitverluste durch Umsteigen vermeidet. Außerdem braucht die Tram ein eigenes Gleisbett, weil vor allem die höhere Geschwindigkeit sie zur Alternative zum Pkw macht. Deshalb verlangt die Marburger Linke, auch die Großseelheimer Straße in die Überlegungen einzubeziehen.

Es ist zwar zu begrüßen, wenn OB Spies weitere Prüfungen vornehmen will, aber auch nur dann, wenn das entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ge-

schieht. Wäre das passiert, müsste jetzt nicht in Sachen Innenstadtanbindung nachgebessert werden.

Die Stickoxydbelastung in der Innenstadt und den CO<sub>2</sub>-Anteil in der Atmosphäre werden wir nicht durch mehr Parkhäuser in der Innenstadt verringern, sondern durch visionäre Vorschläge für die Zukunft des öffentlichen Nahverkehrs. Wer die Verkehrswende will, muss deutlich mehr in die ÖPNV-Infrastruktur investieren. Dazu gehören auch Projekte, wie eine Straßenbahn Innenstadt-Lahnberge und ein Nulltarif im ÖPNV, um Mobilität für alle Menschen, unabhängig vom Geldbeutel zu gewährleisten. Dann können auch Diesel-Fahrverbote vermieden werden.

Jan Schalauske



▲ Die weltweite Tram-Renaissance – wie hier in Luxemburg – macht um Marburg einen Bogen

Fortsetzung von S. 1

## Chance oder Unheil?

Der beliebte Marburger Stadtteil Marbach ist aktuell geprägt von Einfamilienhäusern. Die vorgebrachten Einwände aus dem Bereich Umwelt-, Klima-, und Landschaftsschutz sind ernst zu nehmen und müssen genauestens geprüft werden. Das gilt auch für den Hasenkopf, wo man sich eher mit einer Bebauung anfreunden könnte, wenn sich sozialer und privater Wohnungsbau eng ver-

zählen und baulich behutsam in die Landschaft einfügen, wenn städtebaulich nach sozialen Gesichtspunkten geplant wird. Aber in beiden autogeplogten Stadtteilen spielt auch die Furcht vor einem Verkehrskollaps eine große Rolle. Da ist Mitgestaltung und Kreativität gefragt. Durch die Marbach schlingelt sich eine Hauptverkehrsstraße zu einem der größten Marburger Unterneh-



Foto: Nico Biver

▲ Der Asphalt des einzigen Radweges über die Lahnberge wurde am 29. August abgefräst und liegen gelassen.

## Hessen-Forst oder Radverkehr

### Grüne Ministerin: Radweg „gravierender Eingriff in Wald“

Auf den Lahnbergen gehört der Wald dem Landesbetrieb Hessen-Forst. Dieser hat ihn „unter gemeinwohlverpflichteter Zielsetzung nachhaltig und nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu bewirtschaften“.

Das heißt, der Wald kann weg, sobald das Geld einbringt. In den Siebzigern fielen die Bäume für Uni und Panoramastraße, in jüngster Zeit für die neue Chemie. Und auch für Windkraftanlagen wollte man ihn hergeben.

Für Radwege hingegen will Hessen-Forst keinen Baum anfassen, geschweige denn bestehende Wege asphaltieren. Denn das wäre ein „gravierender Eingriff in den Lebensraum Wald“, wie die grüne Umweltministerin Priska Hinz in der Antwort auf eine Anfrage des Landtagsabgeordneten Jan Schalaus-

ke verlauten ließ. Da ist es nur logisch, dass trotz aller Proteste der einzige asphaltierte Weg über die Lahnberge – vom Waldtal nach Baurbach – jetzt „renaturiert“ und das Radeln erschwert wird.

Die kürzeste Radverbindung von der Stadtmitte auf die Lahnberge würde entstehen, wenn der Waldweg vom alten Kirchhainer Weg bis zur Lahnberge-Mensa asphaltiert und beleuchtet würde. So könnten die Lahnberge vom Pkw-Verkehr entlastet werden. So sieht es auch der Radverkehrsplan vor. Aber das zuständige Forstamt Kirchhain von Hessen-Forst hatte schon 2015 erklärt, keine Asphaltierung zuzulassen. Um den Druck auf die Landespolitik zu erhöhen, hatte die Marburger Linke im Stadtparlament die baldige Schaffung des Radweges beantragt. Die Marburger GroKo lehnte das ab und gab Planungen in Auftrag, längs der Panoramastraße oder der Großseelheimer angeblich sichere Radstreifen einzurichten. Damit würde sich die Weglänge fast verdoppeln.

Angesichts der Obstruktion der grünen Umweltministerin sollte die Stadt versuchen, Hessen-Forst den Waldweg abzukaufen und selbst für den Bau des Radweges zu sorgen. Da sich das betriebswirtschaftlich rechnen würde, sieht das Ministerium sicherlich über den „gravierenden Eingriff in den Lebensraum Wald“ hinweg.

men. Hier sollte die Chance genutzt werden, bei Erschließung eines neuen Wohngebietes mit Anreizen zu werben, wie attraktivem ÖPNV, Carsharing, Park und Ride Parkplätzen und Jobtickets für die vielen Beschäftigten der in Marbach angesiedelten Behring-Nachfolgefirma. Und beide Stadtteile sollten den Oberbürgermeister beim Wort nehmen: Die Kriterien für eine mögliche Bebauung neuer Quartiere bestimmen die Bürgerinnen und Bürger mit.

Tanja Bauder-Wöhr

Nico Biver

# Wohnen und Kultur am Steinweg

Marburger Linke will Kinos durch städtischen Ankauf des Gebäudes retten

„Leider ist derzeit kein Programm verfügbar.“ Eine traurige Nachricht für Marburg. Denn für Kinoliebhaber/innen waren die Filmkunsttheater „Kammer“, „Palette“ und „Atelier“ im Steinweg 4 stets eine genussvolle Stätte, ein Juwel. Nun sind sie geschlossen, das Gebäude längst in der Hand von DTI, einer

Gesellschaft, die eher an Profit als an Marburgs Kulturlandschaft interessiert ist. Die angestammten Bewohner/innen, meist Studierende, sind auch schon „entmietet“.

Gut, dass die Familie Closmann, die seit Generationen im Zentrum des Marburger Kinobetriebs steht, die kulturelle Vielfalt der

Szene erhalten will und „den Filmkunstsektor auf die Leinwände im Capitol verlegt“, – unter Mitwirkung von Hubert Hetsch, dem verdienstvollen Marburger Cineasten und bisherigen Betreiber der Filmkunsttheater. Dass sinkende Besucherzahlen den Betreibern wirtschaftliche Entscheidungen abverlangen, ist einsichtig. Dennoch stellt die Marburger Linke einige zusätzliche Fragen an den Magistrat. Zuvörderst: Was geschieht weiter mit dem Haus Steinweg 4? Kommt hier ein Gentrifizierungsprozess in Gang? Sollen hier Luxuswohnungen entstehen? Werden hier alteingesessenes Gewerbe und Wohnraum durch Spekulation verdrängt?

Die Marburger Linke forderte in einem Antrag, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft GeWo-Bau beauftragt wird, das Haus zu erwerben, um das Filmkunsttheater in der Oberstadt zu erhalten und weiteren bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die vorhandenen Kinonäle sollten zu einem tragbaren Preis an den bisherigen Betreiber verpachtet, die vorhandenen Wohnungen in bezahlbaren und zeitgemäßen Wohnraum umgewandelt

werden können. Gerade in der Altstadt müssen Anforderungen des Denkmalschutzes und der Stadtentwicklung sehr ernst genommen werden. Auch das ist ein Standpunkt, bei dem die Stadt gegenüber möglichen Investoren klare Kante zeigen muss: Die Altstadt ist kein Spekulationsobjekt. Leider konnten sich die Magistratsparteien dem Antrag nicht anschließen. Auch die Grünen nicht.

*Renate Bastian*

## Vor 100 Jahren: Marburger Jäger wüten in Königshütte

Die Geschichte der Marburger Jäger hat viele unrühmliche, ja mörderische Seiten. An die Opfer soll eine Gedenkinstallation im Schülerpark erinnern, die in den kommenden Monaten errichtet wird.

Im Januar jährt sich zum 100. Mal ein weiterer Jahrestag der Untaten dieses Bataillons. Nach dem Ende des 1. Weltkrieges, in den ersten Tagen des Januar 1919, rückte ein Reserve-Kommando gegen streikende Arbeiter in den oberschlesischen Bergwerken und Kohlegruben in Königshütte (heute Chorzów) aus. Sie richteten dort ein Blutbad an, um „Spartakisten zu bekämpfen“. Die Marburger Linke schlägt vor, durch ein würdiges Gedenken an die Opfer dieser Ereignisse zu erinnern. *Inge Sturm*



Foto: Nico Biver

▲ Geschlossene Kinos am Steinweg

# Was kostet ein Menschenrecht?

Marburger Linke will Mindestbedarf an Trinkwasser kostenlos abgeben.

„Trinkwasser ist ein Menschenrecht“. Das ist einer der Grundsätze der „Blue Community“, einem internationalen Zusammenschluss von Städten und Kommunen, dem Marburg neuerdings auch angehört. Die Mitglieder verpflichten sich außerdem, die Wasserversorgung in öffentlicher Hand zu belassen und in Verwaltungen und in der Öffentlichkeit Trinkwasser – möglichst kostenlos – bereitzustellen.

Da Menschenrechte nicht vom Geldbeutel abhängen, müsste Trinkwasser eigentlich für alle kostenlos sein. Zumindest eine Mindestmenge müssten die Stadtwerke den Menschen gratis zur Verfügung

stellen. Das fordert die Marburger Linke in einem Antrag an das Stadtparlament.

Gegenwärtig beträgt laut Angaben der Stadtwerke der tägliche Wasserverbrauch pro Kopf der Bevölkerung 124 Liter am Tag. Bei einem Drei-Personenhaushalt mit durchschnittlichem Verbrauch summieren sich die Kosten für Trink- und Abwasser – ohne Zählergebühren – auf 480 Euro im Jahr oder 13 Euro pro Kopf und Monat. Für Menschen mit Niedriglöhnen, im Hartz-



IV- oder Grundsicherungsbezug eine nicht zu vernachlässigende Summe.

„Wir schlagen vor, dass der Grundbedarf kostenlos abgegeben wird – in der Größenordnung von 75 Liter pro Tag und Person“, sagt Renate Bastian, die Fraktionsvorsitzende der Marburger Linken.

Zu dieser sozialen Komponente des Antrags komme aber noch eine ökologische hinzu. „Um einen sparsamen Umgang mit dem Wasser zu fördern, wollen wir bei einem Ver-

brauch von über 75 Liter den Wasserpreis in mindestens zwei Stufen staffeln. Bis zu 150 oder 200 Liter würde das Trinkwasser soviel kosten wie heute und darüber hinaus das Doppelte.“

Der heiße Sommer und die Klimakrise machten deutlich, dass es auch hierzulande Engpässe bei sauberem Trinkwasser geben kann. Die Preisstufen müssten so gewählt werden, dass insgesamt eine Kostendeckung erreicht werde.

Die Reduzierung des Wasserverbrauchs wäre ganz im Sinne der geltenden Wasserrahmenrichtlinie der EU von 2000, die fordert, „dass die Wassergebührenpolitik angemessene Anreize für die Benutzer darstellt, Wasserressourcen effizient zu nutzen, und somit zu den Umweltzielen dieser Richtlinie beiträgt.“ *Nico Biver*



Foto: O. Knorz (Marburger Blätter) © Universitätsstadt Marburg

▲ Demonstration anlässlich der Erschießung Benno Ohnesorgs 1967 in der Gutenbergstraße

## Nicht nur Kapital-AGs

Marburger 68er mit gewerkschaftlicher und kommunaler Praxis

Anfang der 1960er Jahre saß Marburg unter einer stockkonservativen Glocke. Das änderte sich auch durch die Studentenbewegung in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts.

In einem kürzlichen Interview mit der Oberhessischen Presse schilderte allerdings einer der damaligen Wortführer des SDS Frankfurt, K. D. Wolff, den Marburger SDS (Sozialistischen Deutschen Studentenbund) als einen Verein, der lieber Marx studierte als zu demonstrieren. Unsinn, die 68er in Marburg taten beides. Allerdings gab es hier einige deutliche Unterschiede zu anderen Städten wie Berlin oder Frankfurt. Das lag daran, dass es einen großen Mentor gab für die aufbrechenden Studentinnen und Studenten: Wolfgang Abendroth. Er verkörperte sozialistische Politik und politische Wissenschaft, und das mit der Haltung eines Antiodinariens, der sich unpräzise auch in streitbare Diskussionen mitten unter seine Schülerinnen und Schüler begab.

Der Marburger SDS veranstaltete natürlich Kapital-AGs, Diskussionen über sozialistische Strategie, studierte Faschismustheorien und Imperialismusanalysen. Und man beteiligte sich an den Demonstrationen wie in Berlin gegen den Vietnam-Krieg oder gegen den Springer-Konzern in Frankfurt. In Marburg herrschte aber auch die

Überzeugung vor, dass alle fortschrittliche Theorie nur dann praktisch etwas verändert, „wenn sie die Massen ergreift“, wenn sie einen Widerhall findet in der „arbeitenden Bevölkerung“. Daher gab es neben dem Kampf gegen den „Muff von tausend Jahren“ an der Hochschule auch immer ein Engagement in der gewerkschaftlichen und der kommunalen Politik.

Im Rahmen der AgF (Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen) arbeiteten die Studierenden in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit oder um 1970 auch in der Lehrlingsbewegung in Marburg mit. Kommunalpolitisch trat die ASO (Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition) in Erscheinung, die 1968 erstmals seit Anfang der 1950er Jahre als eine sozialistische Alternative bei den Kommunalwahlen kandidierte – mit einem Achtungserfolg. Seit dieser Zeit entwickelte sich linke Kommunalpolitik kontinuierlich zu einem anerkannten Beitrag im Stadtgeschehen. Heute sieht sich Marburg als offen und vielfältig.

Einen spannenden Einblick in die 68er Jahre in Marburg bieten die Interviews aus der Ausstellung: „Klasse Kampf – 68er erinnern“.

[www.marburg.de/portal/seiten/klasse-kampf-68-erinnern-900001769-23001.html](http://www.marburg.de/portal/seiten/klasse-kampf-68-erinnern-900001769-23001.html)

Renate Bastian, 1968 Mitglied des Marburger SDS und Vorsitzende der AGF

## 18 Monate im Landtag

Jan Schalauske zieht eine erste Bilanz

Vor fast anderthalb Jahren, am 18. April, rückte ich als Abgeordneter im Hessischen Landtag nach und wurde zuständig für Haushalt und Finanzen, für Europa- und Friedenspolitik sowie für Weiterbildung.

Seitdem ist einiges geschehen. Im Plenum des Hessischen Landtags durfte ich mit den anderen Fraktionen leidenschaftlich streiten, Anträge einreichen, kleine Anfragen und mündliche Fragen stellen. So habe ich im Parlament für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen, für Investitionen in bezahlbaren öffentlichen Wohnraum, in Schulen und Krankenhäuser sowie für eine gerechtere Besteuerung der Reichen und Vermögenden geworben.

Linke Politik erschöpft sich aber nicht in Parlamentsarbeit. Daher hat für mich – wie für meine Fraktionskolleg/innen – die außerparlamentarische Arbeit eine hohe Bedeutung. So habe ich auf Demonstrationen gegen den Angriff der türkischen Armee auf die kurdische Selbstverwaltung in Nordsyrien gesprochen, habe tarifliche und betriebliche Kämpfe streikender Gewerkschaftkolleg/innen unter-

stützt, mich an den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg beteiligt, das Gespräch mit Initiativen und Verbänden gesucht. Um die politische Arbeit der Friedensbewegung zu unterstützen, habe ich den Rüstungsatlas 2018 auf den Weg gebracht, den der Friedenswissenschaftler Lühr Henken erarbeitet hat. Auch eine Broschüre zu linken Antworten auf die tiefe Krise der Europäischen Union, die Beiträge zu einer Anhörung des Europaausschusses im Landtag dokumentiert, haben wir herausgebracht.

Ein Wehrmutstropfen für mich ist, dass ich nicht mehr so viel wie früher in Marburg unterwegs sein kann. Aber es ist mir gelungen, einige Themen aus Marburg in den Landtag zu tragen: die fehlende Feinstaubmessung auf der Stadtautobahn, die Blockade beim Radweg auf die Lahnberge, die ungeheuerliche Abschiebung von Azeem A. und die Aktivitäten der Initiative für 200 Geflüchteten nach Marburg. Die enge Verbindung von Marburg und Wiesbaden ist auch weiterhin mein Anspruch.

Jan Schalauske



Foto: Nico Biver

▲ Jan Schalauske: Kranzniederlegung am Deserteurdenkmal

## Schwarzer Block

Eine besondere Form der Bürgerbeteiligung praktizierte der ehemalige Marburger Oberbürgermeister Dietrich Möller (CDU). Gegenüber der Oberhessischen Presse erklärte er, dass er Anfang der 90er Jahre bei der Auseinandersetzung um die Neubebauung des Biegenecks

(zwischen Biegenstraße und Pilgrimstein) den geplanten Abriss eines Gebäudes geheim hielt, um eine Hausbesetzung zu vermeiden. Doch damit nicht genug: „... da hat auch mal der OB Sachbeschädigung begangen“. Mit Pflastersteinen warf er die Scheiben des Gebäudes ein, um Hausbesetzer abzuschrecken. „Legal, illegal ...“

## Das Letzte

## Hinten und vorne

Der AfD-Landtagskandidat und Pensionär Karl Hermann Bolldorf war mal CDU-Bürgermeister von Biedenkopf. Da könnte man erwarten, dass er ungefähr weiß, wieviel staatliche Leistungen Flüchtlinge bekommen.

Im OP-Gespräch behauptet er: „Flüchtlinge kriegen hinten und vorne das Geld reingeschoben und wir können jedem Pfennig hinterherlaufen.“ Nehmen wir mal an, dass er damit meint, dass Flüchtlinge viel mehr Geld bekommen als deutsche Bedürftige.

Seine Behauptung versucht er anschließend mit einem Forschungsaufenthalt in Ockershausen zu belegen. In einem Café sitzend beobachtete er wie „ein junger Flüchtling mit einem teuren Fahrrad vorbeigefahren (kam) mit Nike-Turnschuhen, teuren Klammotten und einem besseren Handy als ich es habe.“ Und wie bestellt kam gleichzeitig ein Rentner vorbei, der Flaschen aus einem Mülleimer sammelte. Bolldorf hat anscheinend nicht nur Augen sondern auch Ohren wie ein Luchs. Er hörte sogar wie der Radfahrer Arabisch sprach.

Nehmen wir mal an, das würde stimmen. Aber wieso sollte der Flüchtling arm sein? Anscheinend, weil Bolldorf denkt, dass er nur hier ist, um unsere tolles Sozialsystem auszunutzen. Dabei ist er vor dem Krieg in Syrien oder Afghanistan geflohen und ganz ohne Geld gelingt es nicht, die europäischen Mauern und Meere zu überwinden. Wenn der Flüchtling bei seiner Ankunft in Deutschland noch Vermögen hatte, bekam er es entweder bis auf 200 Euro abgenommen oder er erhält keine staatlichen Leistungen. Hat er kein Vermögen, bekommt er als Alleinstehender in der Aufnahmeeinrichtung 135 Euro Taschengeld monatlich.

Ist er aus der Aufnahmeeinrichtung raus, dann erhält er Leistungen ähnlich der Sozialhilfe und Hartz-IV. Die Wohnung wird bezahlt, aber mit 354 Euro liegen die monatlichen Leistungen 40 Euro unterhalb von Sozialhilfe und Hartz-IV.

Bolldorf würde sicherlich gerne mit ihm tauschen. Nico Biver

## Marburger Aufruf zur Landtagswahl

Die Wirtschaft wächst, die Steuereinnahmen steigen – allen könnte es gut gehen in Hessen. Aber die soziale Kluft vergrößert sich. Über 1.600 Einkommensmillionären stehen 430.000 Menschen im Hartz-IV-Bezug und 500.000 mit Niedriglöhnen oder in prekärer Beschäftigung gegenüber. Die Zahl der Sozialwohnungen ist unter Schwarz-Grün auf einen Tiefstand gefallen. An Schulen, Krankenhäusern und in der Pflege fehlt es an Personal und Investitionen. In der Verkehrspolitik haben trotz steigender Emissionen, wachsenden Lärms und trotz der unübersehbaren Klimakrise nach wie vor der PKW-, LKW- und Luftverkehr den Vorrang.

Wir rufen dazu auf, am 28. Oktober DIE LINKE und damit diejenige Kraft zu wählen, die sich konsequent gegen eine solche Politik der sozialen Ungerechtigkeit und der ökologischen Fahrlässigkeit einsetzt.

Sie will

- durch den Neubau von mindestens 10.000 Sozialwohnungen im Jahr endlich mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen;
- gleiche Bildungschancen eröffnen durch die „Schule für

alle“, durch mehr Lehrkräfte und durch den kostenfreien Zugang auf allen Ebenen;

- die Kinderarmut beseitigen und staatliche Aufträge nur noch an Firmen vergeben, die mindestens 12 Euro Mindestlohn bezahlen;
- das Klima durch mehr erneuerbare Energien und durch den Ausbau eines möglichst kostenlosen Nahverkehrs, besonders im ländlichen Raum, retten;
- die Rüstungsproduktion in und den Rüstungsexport aus Hessen wie auch die Werbung für die Bundeswehr in Schulen stoppen.

Sie macht nicht wie die anderen Parteien in der Asyl- und Flüchtlingspolitik Zugeständnisse an rechtspopulistische Positionen, sondern bezieht klar Stellung gegen eine „Festung Europa“ und gegen Rechts.

Die seit 2008 im Hessischen Landtag vertretene LINKE hat immer die Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gesucht und gezeigt, dass Druck von links auch aus der Opposition heraus wirksam sein kann.

## Am 28. Oktober: DIE LINKE wählen!

**Erstunterzeichner/innen:** Friedrich-Martin Balzer, Historiker | Dr. Martin Baraki, Lehrbeauftragter, Uni. Marburg | Tanja Bauder-Wöhr, Stadtverordnete | PD Dr. Johannes M. Becker, Friedensforscher | Angelika Becker, Lehrerin | Peter Böcher, Dipl.-Verwaltungswirt | Roland Böhm, Betriebsrat | Dr. Kurt Bunke, Pensionär, Cölbe | Prof. Dr. Hanna Christiansen, Prof. für Klin. Psychol. | Klaus Denfeld, Schulleiter | Prof. Dr. Frank Deppe | Ulrike Eifler, Gewerkschaftssekretärin | Dr. Ilina Fach | Georg Fülberth, Hochschullehrer i.R. | Jörg Gogoll, Psychologe | Jürgen Hahn-Schröder, Lehrer i.R. | Lutz Heusinger, Kunsthistoriker | Dr. Joachim Höstler, apl. Prof. für Neuere und Osteurop. Geschichte | PD Dr. Maximiliane Jäger-Gogoll, Literaturwiss. | Astrid Kolter, Dipl.-Psychologin | Annette Kreuzberger, Rentnerin | Silvia Lerch-Denfeld, Fachbereichsleiterin | Harald Maier-Metz, Lehrer i.R. | Dietlind Maier-Metz, Lehrerin i.R. | Pit Metz, Reha-Lehrer i.R. | Cornelius Oepen, Arzt i.R. | Holger Probst, Prof. i.R. | Elke Rienhoff-Kühnl, Rechtsanwältin | Prof. Dr. Eckhard Rohrmann | Ralf Schrader, Lehrer i.R. | Karin Schwalm, Lehrerin i.R. | Prof. Dr. Gert Sommer | Wolfgang Sutter, Vielfalter | Marion Twelsiek, Ärztin | Dieter Unsel, Rechtsanwalt | Dr. Markus Wöhr | Stefan Zelder, Angestellter | Christiane Zielosko, Physiotherap. | Gudrun Zühlke | Walter Zühlke

Isabella Aberle, Stud. | Wilfried Amediek, Rentner | Dr. Thorsten Arendt, Informatiker | Celia Bach, Sprachenlehrerin | Werner Bachman, Rentner, Schönstadt | Renate Bastian, Journalistin | Marlis Bauss, Lehrerin i.R. | Charlotte Bernard, Lehrerin i.R. | Julia Biegert, Stud. | Nico Biver, Stadtrat | Daniel Blatz, gewerksch. Bildungsreferent | Reiner Boulnois, Rentner | Thimo Jacob Brestel, Archäologe | Frank Brinkmann, Ausbilder | Franziska Brinkmann, Kinderkrankenschw. | Christian Bubel, Apotheke, Goßfelden | Ciren Celik, Wallau | Kadir Celik, Metallarb., Biedenkopf | Sebastian Chwala, Pol.Wissensch. | Alexander Cramer, Stud. | Volrad Döhner, Lehrer i.R. | Ferdinand Dörr, Rentner | Sonja Dörrich-Liese, Rentnerin | Peter Ducke, freigest. Betriebsrat | Walburga Eicher, Förderschullehrerin | Dr. Tilmann Fischer, Literaturwiss. | Heike Flach, Ing. | Marita Gabriel, pens. Lehrerin | Christel Gabriel-Zimmermann, Rentnerin | Dr. Uwe Geese, Kunsthist. | Gert Gohde, Rentner | Roland Grimm | Martin Gronau, Softwareentwick. | Prof. Dr. Hans-Georg Grundner, Pensionär, Weimar (Lahn) | Ulrike Grünheid, Politologin | Gerhard Haberle, Rentner | Gisela Haberle, Rentnerin | Bernd Hannemann, Sozialarb. i.R. | Dr. Ursula Haupt | Reinhard Heck, Lehrer i.R. | Dr. Wolfgang Hecker, Pol.Wiss. | Karen Henkel, Sekret. | Isabella Hercher, Päd. | Christoph Herrmann, Rentner/Minijobber | Paul Hilger, Stud./Musiker | Luca Hoemann, Mediator/Stud. | Michael Horstmann, Dipl.-Päd. | Klaus Hosemann, Bausachverständiger | Burkhard Höse, Software-Entwick., Biedenkopf | Hansherbert Huberty, Technik., Stadallendorf | Maria Jacobsohn, Lehrerin | Maximilian Jablonowski, Zürich | Reinhold Jäger, Lehrer i.R., Ebsdorfergrund | Erwin Junker, Lehrer i.R. | Hans Junker, Cölbe | Edda Just, Lehrerin | Heike Kaufmann, Friseur./Hausfrau | Philip Kaufmann, Angest./Stud. | Jan Kellmann, Biologe | Andreas Keppler, Physiotherap. | Hanne Kießelbach, Dipl.-Soz.päd. | Dieter Kloszowski, Renter | Stefan Knaab, selbst. Mediengestalt. | Kurt Knieriem, Angest. | Urs Köllhofer, Stud. | Heike Kollmar, Ergotherapie. | Dieter Kombächer, Hausmeister/ver.di-Vertrauensmann | Henning Köster, Lehrer i.R. | Jonathan Krämer, Europajurist/Aktivist, Stadallendorf | Steffen Kraus, Taxiun-



tern. | Jens Kretschmer, soz.päd. Fachkraft | Gerd Krieg, Betriebsschlosser | Ernst Kröger, Lehrer i.R. | F. Philipp Krüger, selbst./Stud. | Jacqueline Kunz, Archäol. | Hartmut Lange, Lehrer i.R. | Annika Langer, Kinderbuchautorin/Rentnerin | Gisela Lechner-Böhm, Erzieherin | Prof. Dr. Ernst Liebhart | Dr. Werner Liese, Oberstudienrat a.D. | Ludwig Luttrupp, Lehrer i.R. | Wolfgang Meinert, Dipl.-Päd. | Christian Mark, Erzieher | Alfred Matejka, Facharb./Masch.Bau-Meister | Erwin Meier, Korrektor | Gisela Merten, Rentnerin | Amélie Methner | Felix Meyer | Gert Meyer | Christa Meysner, Ärztin | Hartmut Möller, Lehrer i.R. | Thomas Nahrgang, Stadallendorf | Dr. Helga Niehaus, Ärztin | Elvira Nießen, Sozial- und Schuldnerberater. i.R., Cölbe | Rainer Obst,

Pensionär | Patrick Ötkrug, Stud. | Ralf Paul, Schornsteinfeger, Angelburg | Max Peter, Einzelhand.kfm. | Heribert Peters, Jurist | Sebastian Philipp, Stud. | Dr. Ines Pinquart, Ärztin | Oliver Platt, Stud. | Sebastian Plitt, Lohra | David Poth, IT-ler, Wetter | Antonius Pothof, Pensionär | Alexander Prinz | Leonie RameLOW, Kfm. Angest., Hachborn | Daniel Rawski, Stud. | Friedhelm Reisch, Lehrer i.R., Cölbe | Ingrid Reisch, Lehrerin i.R., Cölbe | Horst Ries, Sozialwirt/Rentner | Ursula Ritter, Buchhändl. i.R./Lit.Dozentin | Matze Rodenheber, Erzieher | Prof. Dr. Eckhard Rohrmann | Michael Rose, Schreiner, Siegbach | Jörg Rustmeier, Dipl.-Theol./Lehrer | Miguel Sanchez, Sozialhelfer | Birgit Schäfer-Biver, Künstl. | Dr. Günter Schärer-Pohlmann, Pensionär | Theresa Schillanek, Stud. | Petra Schlag, Krankenschwester | Karl-Heinz Schmidt, Rentner | Ingeborg Schmidt-Böcher, Rentnerin | Stephanus Schmiedel, Arzt, Ebsdorfergrund | Utta Schmiedel, Dipl.-Päd., Ebsdorfergrund | Christoph Schmitt, Zerspanungsmechan., Biedenkopf | Valerie Schmitt, Mutter/Hausfrau, Biedenkopf | Dr. Christian Schönholz, Kulturwiss. | Ole Schuldt, Stud. | Thomas Schüttensack, Rentner | Jonathan Schwarz, Stud. | Bärbel Schwarz-Köppel, Dipl.-Oecotroph. | Christa Seip, Pensionärin | Andrea Sollwedel, Supervis. | Johanna Sperlea | Theodor Sperlea, wiss. Mitarb. | Urte Spertling, Rentnerin | Hilde Stock, Rentnerin | Klaus Peter Stock, Rentner | Inge Sturm, Stadtführerin | Martin Süß, Stud. | Loretta Theis, Korrektorin | Michael Thiel, Arzt, Kirchhain | Dirk Thielicke, Rentner | Aimée Thom, RA- und Notarfachangest. | Dorian Tigges, Stud. | Alica Viertel, Stud. | Barbara Wagner, Angest. | Friedemann Wagner, Angest. | Dr. Brigitte Walbe, Kunsthist. | Heiner Walter, Sozialarb., Cölbe | Ria Walter, Stud. | Bernd Wannemacher, Rentner, Bilbao | Hartwig Weber, Dipl.-Chem./Rentner | Konrad Weber, Rentner, Kirchhain | Sabine Weintraut, EDV-Organisat. | Lucia Weiss, Dipl.-Oecotroph. | Dr. Sabine Wendt, Rechtsanwältin | Mark Wiebe, Verwalt.angest. | Hans-Jürgen Wieth, Gewerkschaftssekretär | Peter Wilhelm, Erzieher/Rentner | Waltraud Winkels-Neubauer, Lehrerin i.R. | Stefanie Wittich, Verwalt.angest. Uni Marburg | Felicitas Wolkenfeld, Hausfrau | Matthias Wolkenfeld, CTA | Werner Wörder, Lehrer | Stefan Zelder, Angest. | Hajo Zeller, Wutrentner | Werner Zentner, Sachbearb. | Herbert Zimmermann, Rentner | Willi Zimmermann | Susanne Zühlke, Mutter, Kirchhain

**Aufruf unterstützen:**

[www.die-linke-marburg.de/?page=181](http://www.die-linke-marburg.de/?page=181)

oder: DIE LINKE, Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg